

Das Ringen um die «richtige» Klimapolitik

Eine Replik auf die Kritik an der Klimapolitik und ihren Akteuren

Hans Rentschs Beitrag zur Klimapolitik in der NZZ vom 29. 12. 09 hat ein starkes Echo ausgelöst (siehe Leserbriefe). Im folgenden Artikel geht Klimaforscher Thomas Stocker auf die Kritik ein und schildert die Arbeit des IPCC. In einer Duplik nimmt Rentsch dazu Stellung.

Thomas Stocker

In seinem Artikel stellt Hans Rentsch mehrere Behauptungen zu meiner Person und meiner Rolle in der Klimadiskussion auf, die faktisch falsch sind. Rentsch behauptet, dass ich eine «subtilere Form der Diskussionsverweigerung» betreibe. Als Beispiele nennt er die Tagung «Wissenschaft und Öffentlichkeit» von Avenir Suisse vom 12. 1. 2007 und das Thuner «Climate Forum 2008», an welchen ich es abgelehnt hätte, als Referent mitzuwirken, weil «kompetente Skeptiker» als Referenten auf dem Programm gestanden hätten. Tatsache ist, dass keine kompetenten Skeptiker oder gar Klimaforscher auftraten, sondern Björn Lomborg, ein bekannter dänischer Autor, der sich zu beliebigen aktuellen Themen undifferenziert und ausserhalb der wissenschaftlichen Literatur meldet, sowie Steven Hayward vom American Enterprise Institute, einer gut dotierten US-Lobbygruppe, die gezielt Desinformation zum Thema Klimawandel betreibt.

Auf dem heissen Stuhl

Aus diesem Grund habe ich die Einladung von Avenir Suisse als Teilnehmer abgelehnt. Betreffend «Climate Forum» halte ich fest, dass ich bereits 2007 ein Hauptreferat hielt und somit ein Auftritt 2008 nicht vorgesehen war. Für das «Climate Forum 2009» wurde ich dann kurzfristig wegen des Ausfalls des eingeladenen Referenten aus Deutschland für ein Eröffnungsreferat angefragt.

Von einem Publizisten, als den sich Herr Rentsch bezeichnet, darf ich erwarten, dass er sorgfältig recherchiert und seine Thesen mit Fakten belegt. So hätte er festgestellt, dass ich sehr oft mit «Klima-Skeptikern» die Diskussion führe. Ich habe im 3. Zustandsbericht des IPCC ein Kapitel koordiniert, in welchem Prof. Richard Lindzen (MIT, Boston) Mitautor war. Er ist der prominenteste Vertreter der Klima-Skeptiker und hat den IPCC-Bericht



Wie kann der Klimawandel gestoppt werden – und ist dies überhaupt sinnvoll?

JOHN MCCONNICO / AP

von 2001 mitunterzeichnet. Auch in den «klimapolitisch engagierten Staatsmedien» sowie in den unabhängigen Medien äussere ich mich regelmässig zu Fragen des Klimawandels. In der «Rundschau» vom 25. 7. 2007 beantwortete ich kritische Fragen auf dem heissen Stuhl, in den «Sternstunden» vom 9. 11. 2008 zum Thema «Die Klima-Kontroverse» diskutierte ich ausführlich mit einem gegenüber dem Klimawandel sehr skeptisch eingestellten Kollegen, und in «NZZ-Standpunkte» vom 8. 11. 2009 beantwortete ich die kritischen Fragen des NZZ-Chefredaktors und seines Kollegen.

Der Artikel von Hans Rentsch enthält weitere Behauptungen, insbesondere zum IPCC und zu seiner Rolle in der weltweiten Klimadiskussion, die faktisch falsch sind und richtiggestellt werden müssen. Er behauptet, dass das IPCC eine Marginalisierung der Klima-Skeptiker betreibt. Als Beweis zitiert er einige durch einen Hackerangriff öffentlich gemachte E-Mails von Kollegen, die als IPCC-Autoren am letzten Zustandsbericht mitgewirkt haben. Darin werden in emotionaler Sprache Möglichkeiten

zur Unterdrückung von Beiträgen von Klima-Skeptikern diskutiert.

Es ist klar, dass die Verhinderung der Publikation wissenschaftlicher Arbeiten auf diese Weise kategorisch abzulehnen ist. Wer sich aber die Mühe macht, abzuklären, was denn von diesen in den E-Mails geäusserten und ethisch verwerflichen Vorschlägen im letzten Zustandsbericht der Arbeitsgruppe I des IPCC tatsächlich realisiert wurde, erkennt, dass sämtliche in diesen E-Mails erwähnten Arbeiten der Klima-Skeptiker sehr ausführlich beurteilt worden sind und auch festgehalten wird, in welchen Fragen kein Konsensus erreicht werden konnte.

Kein politisches Instrument

Wie aber funktioniert das IPCC? Ist es der «globale Sprachverstärker» der Klimawissenschaftler, wie Rentsch unterstellt? Das IPCC hat den Auftrag, für die Vertragsparteien der UNO-Rahmenkonvention zur Klimaänderung (UNFCCC) in «umfassender, objektiver und transparenter Weise wissenschaftliche, technische und sozio-

ökonomische Information» über den menschengemachten Klimawandel zu beurteilen. So steht es in den «Principles Governing IPCC Work», wo es auch heisst: «IPCC reports should be neutral with respect to policy...» Die Behauptung von Rentsch, dass das IPCC «als politisches Instrument geplant war», ist falsch und ignoriert die Tatsache, dass die beiden Rollen, nämlich diejenige des Informierenden (Wissenschaft) und diejenige des Entscheidenden (Politik), von Beginn an strikt getrennt waren.

Die transparente Weise der Berichterstattung und die Kriterien der Auswahl der Autoren sind ebenfalls in den IPCC-Principles festgelegt. IPCC-Berichte bestehen aus Kapiteln, die von Autorenteamen in einem dreistufigen Verfahren verfasst werden. Jede Stufe wird einer internationalen Begutachtung durch externe Wissenschaftler und Experten sowie Regierungen unterzogen.

Einige Kennzahlen vermitteln einen Eindruck der Komplexität und des Umfangs dieses Prozesses. Der letzte Zustandsbericht der Arbeitsgruppe I von 2007 wurde von 152 Autoren aus 32 Ländern verfasst, umfasste 11 Kapitel

auf 904 Seiten (siehe www.ipcc.ch). Über 6000 wissenschaftliche Arbeiten wurden zitiert. Sämtliche der über 30 000 Kommentare zu den Entwürfen des Berichts wurden von den Autorenteamen einzeln beantwortet und sind im Internet publiziert. Die Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger wurde in der IPCC-Plenarversammlung vom Januar 2007 verabschiedet, in welcher Delegierte von 113 Ländern den Text Wort für Wort verhandelten.

Objektiver Vermittler

Somit unterscheiden sich IPCC-Berichte fundamental von zwei weiteren Typen der Berichterstattung, die besonders in der Klimadebatte seit einiger Zeit praktiziert werden. Einerseits äussern sich fachfremde Personen, die selbst nie in der Klimaforschung wissenschaftlich tätig waren, vorzugsweise kontrovers und erlangen als «Klima-Skeptiker» regelmässig Medien- und Blogpräsenz. Andererseits verfassen kleinere Gruppierungen von Wissenschaftlern wohlmeinend Berichte, die die grössten möglichen Klimaänderungen und Auswirkungen im Sinne einer Risikoanalyse oder Katastrophenszenarien kommunizieren, Unsicherheiten ausser acht lassend, und daraus politische Klimaziele ableiten. Über diesem Spannungsfeld wirkt das IPCC aufgrund seines Auftrags, seiner Struktur und seiner strengen Regeln als Vermittler objektiver und breit abgestützter Information, die in der heutigen Zeit der unmittelbaren und oft unqualifizierten Berichterstattung unabdingbar sind.

Die Arbeiten am 5. Klimabericht des IPCC, der 2013 publiziert wird, sind bereits in vollem Gange. Ich habe die herausfordernde Aufgabe, zusammen mit meinem chinesischen Kollegen Qin Dahe, die Arbeiten der Arbeitsgruppe I, «The Physical Science Basis», zu leiten. Die Themen sind bereits durch die IPCC-Plenarversammlung festgelegt worden (www.ipcc.unibe.ch).

Im nächsten Schritt werden weltweit Wissenschaftler ausgewählt, die in den kommenden drei Jahren den Bericht verfassen und dafür ihre wertvolle Arbeit und Expertise zur Verfügung stellen. Unsere gemeinsame Arbeit unterliegt weiterhin den strengen Regeln und den mehrstufigen Begutachtungen, die die Arbeit des IPCC schliesslich zum Goldstandard gemacht haben.

Der Autor ist Professor für Klima- und Umweltphysik an der Universität Bern und Co-Vorsitzender der Arbeitsgruppe I des IPCC.

Klima-Alarmismus lohnt sich

Duplik zum Beitrag von Professor Thomas Stocker

Hans Rentsch · Die Quintessenz des Blicks durch die ökonomische Brille: Klima-Alarmismus lohnt sich – für die Medien, für Politikerkarrieren, aber auch für die Klimaforschung. Es geht um viel Geld und Prestige. Weshalb sollten ausgerechnet hier materielle Anreize nicht wirken?

Heikler Konsens

Die Politisierung der Forschung hat verschiedene Gesichter. Kruden Missbrauch von Klimaforschung betreiben Umwelt-NGO. Die Klimaforschung selbst unterliegt subtileren Formen der Politisierung, die die Forscher selbst oft nicht wahrnehmen. Ein Muster bietet der Prozess des IPCC-Konsenses. Konsens ist eher unproblematisch, solange Forschungsmeinungen nahe beieinanderliegen.

Problematisch wird es bei grosser Streuung der Schätzungen, Prognosen und Interpretationen wie in der Klimaforschung. Der IPCC-Konsens wird durch eine Art Verhandlung in Richtung einer Mehrheitsmeinung hergestellt. Ein solches Vorgehen passt nicht zur Natur wissenschaftlicher Erkenntnis. Zudem verschwinden über die Ver-

dichtungsstufen der Syntheseberichte die Unbestimmtheiten und Relativierungen.

Klimapolitischer Teufelskreis

Was nachher geschieht, sieht man auch ohne ökonomische Brille: Die Medien berichten in Schlagzeilen über die schlimmstmöglichen IPCC-Prognosen, und die Öffentlichkeit – ohne Verständnis für Wahrscheinlichkeiten – wird entsprechend konditioniert. Dies wiederum setzt Politiker unter Druck, etwas zu tun, und zwar subito, weil es schon zu spät sein könnte. Von der Politik gelangen dann wieder Signale zurück an den Forschungsbetrieb, dessen Forschungsagenda darauf reagiert, womit sich der Teufelskreis der klimapolitischen Kommunikation schliesst.

Das IPCC sei kein politisiertes Gremium, schreibt Professor Stocker aus der Interessensicht des involvierten Akteurs. IPCC-Chairman Pauchauri, der als oberster Klima-Alarmist um die Welt reist, um die Politiker zu sensibilisieren, liefert den Gegenbeweis. Weshalb fällt ihm keiner der IPCC-Forscher in den Arm? Und warum treten IPCC-Wissenschaftler nicht öffentlich den Klima-

Schauergeschichten entgegen, die Medien und Politiker ohne jeden Respekt für wissenschaftliche Fakten dem Publikum servieren? Und weshalb bleibt Klima-Alarmist Al Gore mit seinen nachweislich falschen Behauptungen von der Kritik der IPCC-Forscher verschont? Schweigen ist manchmal auch eine Form politischer Komplizenschaft.

«Selbst denken»

Kabarettist Vince Ebert, ursprünglich Physiker, sieht die Klimaforscher als Homöopathen der Naturwissenschaft. Bühnenwirksam übertrieben, lautet die Warnung: Achtung Leute, Klimaforschung ist keine exakte Wissenschaft. Sein Rat: «Denken Sie selbst, sonst denken andere für Sie!» Zum Beispiel politisierte Klimaforscher oder Umweltminister und Klima-Bürokratien. Das Risiko ist Klimapolitik mit einer schlechten Kosten-Nutzen-Bilanz. Ineffiziente oder sogar symbolische Klimapolitik ist aber wohl das Letzte, was sich die hochverschuldeten Rentnergemeinschaften des alten Europa leisten können.

Literatur: Patrick J. Michaels und Robert C. Balling: Climate of Extremes.

LESERBRIEFE ZUM THEMA

Vor ein paar Jahren gab es noch das eine oder andere, auch damals bereits nicht mehr grundsätzliche Fragezeichen zu einigen Befunden des Klimawandels, inzwischen sind diese durch akribische Forschung praktisch alle gelöst. Das Bild ist konsistent, im Einklang mit einer Vielfalt unabhängiger Beobachtungen und den Gesetzen der Physik, versehen mit Fehlerbalken, wie sie seriöse Wissenschaftsresultate auszeichnen. Die Spekulation über Eigennutz- oder politische Motive von Forschern und Publizisten kann bei allem Respekt vor Sozialwissenschaftlern nicht zur Klärung der Wirkung von CO₂ beitragen – solche sind ja wohl eher bei vielen sogenannten Skeptikern zu vermuten.

Man wird um die Qualität der Argumente und um die Fakten, die in einem beispiellos intensiven und erfolgreichen Wissenschaftsprozess unter Beteiligung der renommiertesten Institutionen immer wieder überprüft und weiterentwickelt wurden (eine begründete Gegenposition wäre Nobelpreis-würdig), nicht herumkommen, auch wenn diese sehr unangenehm sind. Dabei ist klar: Die grossen Herausforderungen können nur mit Hilfe auch der Ökonomen bewältigt werden, dies aber ohne Scheuklappen und vernebelte Brillen.

Klaus Ragaller, Wettingen

Diese politisierte Forschung, die der Ökonom Hans Rentsch mit Recht aufs Korn nimmt, fällt ja nicht vom Himmel. Ohne Auftraggeber und Förderer gäbe es sie nicht. Mit dem siebten Forschungsprogramm der EU-Kommission wurden 10 Milliarden Euro für Klimawandelforschung bereitgestellt. Die EU schreibt in ihrem «Magazin der Generaldirektion Umwelt», dass dieses Geld nicht der Wissenschaft dienen soll, sondern «der Wissenschaftskommunikation, um die Öffentlichkeit über die Problematik aufzuklären und sie zu ermutigen, Politik und Politiker zum Handeln aufzufordern». Da ist die Frage durchaus angebracht, ob es zu den Kompetenzen der EU gehört, die Bürger der Mitgliedsstaaten per einseitige Information zu «Erziehern» ihrer Politiker zu machen. Offensichtlich hält man die Bürger für so dumme, nicht zu bemerken, dass sie selber es sind, die die Folgekosten dieser Umerziehung als Verbraucher und Steuerzahler zu tragen haben. Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn EU-Bürokraten die Wirtschaft nach sozialistischem Muster lähmten, die sozialistischen Schwergewichte dagegen mit kapitalistischen Methoden rettensierten.

Hanna Thiele, Ronnenberg-Benthe (D)

Weitere Leserbriefe Seite 20